Fuchshuber Steuerberatung GmbH
Wirtschaftstreuhänder – Steuerberater
Zauneggerstraße 8, 4710 Grieskirchen
Marktplatz 2, 4910 Ried/Innkreis
T +43 7248 64748, T +43 7752 21821
office@stb-fuchshuber.at
www.stb-fuchshuber.at
Firmenbuchnummer: 328303z
Firmenbuchgericht: LG Wels
UID: ATU64989178
DVR: 0843563

Klienteninfo 12/2021

Inhaltsverzeichnis

1. **Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr!**
2. **Änderungen in letzter Sekunde - Aktuelle Gesetzesvorhaben**
3. **Die ökosoziale Steuerreform - geplante Entlastungen**
4. **Update - Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie**
5. **CO2-Bepreisung und regionaler Klimabonus als Bestandteile der ökosozialen Steuerreform**
6. **Steuerreform bringt große Neuerungen bei der Besteuerung von Kryptowährungen**

Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr!

Geschätzte Klientinnen und Klienten!

Wir wünschen **Ihnen**, Ihren **Angehörigen** und Ihren **Mitarbeiterinnen** und **Mitarbeitern** ein **frohes Weihnachtsfest**, erholsame und besinnliche Zeit und ein **erfolgreiches und glückliches neues Jahr 2022!**

Wir **danken Ihnen für die vielen positiven Rückmeldungen** und die unseren Mitarbeiterinnen entgegengebrachte Wertschätzung. Weiters danken wir Ihnen **für Ihr Verständnis** , wenn es aufgrund des für uns massiv erhöhten Arbeitsaufkommens (vor allem im Zusammenhang mit der Corona-Krise) im Jahr 2021 das eine oder andere mal zu einer etwas längeren Bearbeitungs- oder Beantwortungszeit gekommen ist. Unsere Mitarbeiterinnen, bei denen wir uns ebenso für den **außergewöhnlichen Einsatz** in einem herausfordernden Jahr bedanken möchten, wissen Ihre Geduld zu schätzen!

Unser Kanzleibetrieb ist von 24. Dezember 2021 bis 9. Jänner 2022 eingeschränkt.

Ab 10. Jänner 2022 sind wir für Sie wieder uneingeschränkt verfügbar.

Änderungen in letzter Sekunde - Aktuelle Gesetzesvorhaben

In Ergänzung zu den im Dezember bereits veröffentlichten Neuerungen gibt es noch topaktuelle Infos über die "Last-Minute-Gesetzgebung".

Steuerfreie Gutscheine (§ 124b Z 382 EStG)

Wie bereits im Vorjahr 2020 (§ 124b Z 371 EStG) ist es nun **auch für das Kalenderjahr 2021** wieder möglich, ZUSÄTZLICH zu den bestehenden **EUR 186** für Sachzuwendungen (§ 3 Abs 1 Z 14 EStG) im Zeitraum von 1.11.2021 **bis 31.1.2022 Gutscheine** im Wert von **bis zu EUR 365** steuerfrei an die Arbeitnehmer auszugeben, soweit der diesbezügliche Freibetrag für die Teilnahme an **„Betriebsveranstaltungen“** noch nicht zur Gänze ausgeschöpft wurde (dh der Maximalbetrag von EUR 365 wäre ggfs um bereits konsumierte Betriebsveranstaltungen in 2021 (Betriebsausflug, Sommerfest, Weihnachtsfeier oä) zu kürzen). Diese Steuerbegünstigung soll offenbar ein Äquivalent für coronabedingt entfallende **Weihnachtsfeiern** sein.

Steuerfreie Corona-Prämien (§ 124b Z 350 EStG)

Wie ebenfalls auch schon im Vorjahr, sind **auch für das Jahr 2021** wiederum **Zulagen und Bonuszahlungen**, die **aufgrund der COVID-19-Krise** ZUSÄTZLICH geleistet werden (dh zusätzliche Zahlungen, die ausschließlich zu diesem Zweck geleistet werden bzw üblicherweise bisher nicht gewährt wurden), **bis EUR 3.000** steuerfrei, wenn sie **bis Februar 2022** für das Kalenderjahr 2021 geleistet werden (diese Zahlungen erhöhen nicht das Jahressechstel und werden auf dieses auch nicht angerechnet).

Die Gesetzwerdung (Kundmachung im Bundesgesetzblatt) bleibt abzuwarten.

BMF-Auskunft zur Umstellung des USt-Satzes für Gastroumsätze zum Jahreswechsel

Der begünstigte Umsatzsteuersatz von 5 % gem. § 28 Abs 52 UStG, der insbesondere Umsätze in der Gastronomie und Hotellerie betrifft, läuft mit 31.12.2021 aus und erfordert eine Umstellung des Umsatzsteuersatzes in diesem Bereich. Die KSW hat vom BMF nachfolgende Auskunft als praxisfreundliche Lösung für diese Umstellung zum Jahreswechsel erhalten (Toleranzregelung):

Umstellung des Umsatzsteuersatzes ab dem 1.1.2022: ***„Aus verwaltungsökonomischen Gründen können Umsätze im Bereich der Hotellerie und Gastronomie, die in der Nacht vom 31.12.2021 auf den 1.1.2022 ausgeführt werden, einheitlich nach der Rechtslage bis 31.12.2021 oder nach der Rechtslage ab dem 1.1.2022 behandelt werden.***"

Neuerungen 2022 von A bis Z

Über nachfolgenden Link ist eine Tabelle mit allen Neuerungen, welche ab 1.1.2022 gelten werden, abrufbar.

Neuerungen 2022 von A bis Z (628.71 KB)

Die ökosoziale Steuerreform - geplante Entlastungen

Die ökosoziale Steuerreform liegt aktuell in Form eines **Begutachtungsentwurfs** vor und hat die **Bekämpfung der Klimakrise** als zentrales Anliegen (schließlich soll Österreich bis spätestens 2040 klimaneutral sein). Während mit dem Ziel der Ökologisierung auch steuerliche Belastungen verbunden sind, welche einen Lenkungseffekt nach sich ziehen sollen, sind auch viele ausgleichende Maßnahmen vorgesehen. Nachfolgend werden wichtige Aspekte im **Überblick** dargestellt. Wie

immer bleibt der Gesetzwerdungsprozess abzuwarten.

Senkung der Einkommensteuer

Mit **1. Jänner 2022** soll zuerst die zweite Stufe im Einkommensteuertarif von 35 % auf 32,5 % gesenkt werden. Die Senkung der **dritten Tarifstufe** von 42 % auf 41 % soll ab 1. Jänner 2023 folgen.

Erhöhung beim Familienbonus Plus und beim Kindermehrbetrag

Der **Familienbonus Plus** soll für Kinder bis 18 Jahre ab Juli 2022 von monatlich 125 € auf 166,68 € monatlich angehoben werden. Für Kinder ab 18 Jahren gilt das ebenso, und zwar von 41,68 € monatlich auf 54,18 € monatlich. Beim **Kindermehrbetrag** sieht der Begutachtungsentwurf eine Ausweitung des Kreises der **Anspruchsberechtigten** wie auch eine **stufenweise Erhöhung** (bis zu 350 € pro Kind statt bis zu 250 € für das Jahr 2022 und bis zu 450 € pro Kind ab dem Jahr 2023) vor.

Gewinnbeteiligungen von Mitarbeitern am Unternehmen

Eine Befreiung von Gewinnbeteiligungen für Mitarbeiter kann nicht nur zu einer nachhaltigen finanziellen Absicherung und Erhöhung der liquiden Mittel auf Seiten der Arbeitnehmer beitragen, sondern auch dazu führen, dass die **Bindung an das Unternehmen** des Arbeitgebers gestärkt wird. Um die Partizipation von Mitarbeitern am Erfolg des Unternehmens attraktiver zu machen, soll im Rahmen der ökosozialen Steuerreform ab 1.1.2022 eine **Begünstigung für Mitarbeitergewinnbeteiligungen** eingeführt werden. Diese soll pro Mitarbeiter und Jahr **höchstens 3.000 €** ausmachen und ist an das Vorliegen eines Gewinnes des Arbeitgebers geknüpft. Konkret muss auf den **steuerlichen Vorjahresgewinn** abgestellt werden, der die **Obergrenze** für sämtliche im Kalenderjahr steuerfrei an die Mitarbeiter ausbezahlten Gewinnbeteiligungen darstellt. Die steuerfreie Gewinnbeteiligung in Form eines **Freibetrags** darf selbstverständlich **nicht** anstelle des bisher gezahlten Arbeitslohns oder einer üblichen Lohnerhöhung gewährt werden.

Erhöhung des Gewinnfreibetrags

Der **Gewinnfreibetrag** von aktuell 13 % soll **auf 15 % erhöht** werden, wodurch ein maximaler **steuerfreier Grundfreibetrag** von 4.500 € ermöglicht wird (für die Geltendmachung über 30.000 € als Bemessungsgrundlage hinaus müssen nach wie vor entsprechende Investitionen durchgeführt werden). Der erhöhte Gewinnfreibetrag soll für Wirtschaftsjahre **ab 1.1.2022** gelten und dazu beitragen, dass **Einzelunternehmen** und Personengesellschaften im **KMU-Bereich**, welche ja nicht von der Senkung der KöSt profitieren, gezielt entlastet werden.

Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags

Als wirtschaftsfördernde Maßnahme soll ein **modernisierter Investitionsfreibetrag** eingeführt werden (erstmalige Inanspruchnahme für nach 31.12.2022 angeschaffte oder hergestellte (fertiggestellte) Wirtschaftsgüter). Dabei sollen **10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten** für Wirtschaftsgüter des **abnutzbaren Anlagevermögens** als Betriebsausgabe abzugsfähig sein. Sofern sie aus dem Bereich **Ökologisierung** stammen, erhöht sich der **Investitionsfreibetrag** auf **15 %** (i.S. eines Anreizes für klimafreundliche Investitionen). Jedenfalls **gedeckelt** soll der modernisierte Investitionsfreibetrag mit Anschaffungs-/Herstellungskosten von **1 Mio. € pro Wirtschaftsjahr** sein - eine Aliquotierung muss bei

Rumpfwirtschaftsjahren erfolgen. Die **gleichzeitige Inanspruchnahme** von ähnlichen begünstigenden Maßnahmen wie etwa des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags oder der Forschungsprämie wird vom Begutachtungsentwurf aufgrund der Deckelung als unkritisch gesehen. Ebenso wird die laufende Abschreibung durch den Investitionsfreibetrag **nicht** beeinflusst. Eine wichtige **Voraussetzung** für die Geltendmachung ist das Vorliegen einer **betrieblichen Einkunftsart**, wobei die **Gewinnermittlung** durch Betriebsvermögensvergleich oder vollständige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu erfolgen hat (keine Pauschalierung!). Überdies müssen die Wirtschaftsgüter eine **betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer** von **mindestens vier Jahren** und Inlandsbezug vorweisen. Generell **ausgenommen** von der Inanspruchnahme des Investitionsfreibetrags sind - vergleichbar der degressiven Abschreibung - **Gebäude**, geringwertige Wirtschaftsgüter, Wirtschaftsgüter i.Z.m. fossilen Energieträgern usw.

Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter wird erhöht

Die Grenze für die **Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter** soll von 800 € **auf 1.000 € erhöht** werden. Durch diese wiederholte Anhebung der Betragsgrenze ist es möglich, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens bis zu diesem Betrag **sofort** als **Betriebsausgabe** bzw. als **Werbungskosten** steuerlich abzusetzen. Ziel dieser Maßnahme, die im betrieblichen Bereich für **Wirtschaftsjahre nach** dem **31.12.2022** und im außerbetrieblichen Bereich ab der Veranlagung 2023 gelten soll, sind Vereinfachungen sowie die Möglichkeit, weitere **Investitionsanreize** zu schaffen. Eine Vereinfachung durch die sofortige Absetzbarkeit dieser Wirtschaftsgüter liegt darin, dass **kein Anlagenverzeichnis** geführt werden muss und auch der Aufwand nicht über mehrere Jahre verteilt wird.

Umstieg von fossilen Brennstoffen auf klimafreundliche Systeme wird gefördert

Für die Umsetzung der **Wärmestrategie** soll auch ein steuerliches Begleitinstrument geschaffen werden, welches den Austausch eines auf fossilen Brennstoffen basierenden Heizungssystems (" **Heizkesseltausch**") gegen ein klimafreundliches System (wie etwa Fernwärme) fördert. Ebenso soll die **thermische Sanierung von Gebäuden** in Form von **Sonderausgaben** begünstigt werden. Wesentliches Merkmal dieser Begünstigung ist folglich, dass nur **private Ausgaben** Berücksichtigung finden sollen, nicht jedoch Betriebsausgaben oder Werbungskosten.

Senkung der Körperschaftsteuer

Als Signalwirkung im internationalen **Standort-Wettbewerb** soll die Körperschaftsteuer auf **24 %** im Jahr 2023 und ab 2024 **auf 23 % gesenkt** werden. Die Änderung hat auch Auswirkungen auf die Zwischensteuer für Privatstiftungen und auf die Abzugsteuern für KESt- und Immo-ESt pflichtige Einkünfte von Körperschaften.

Absenkung der Krankenversicherungsbeiträge

Ein Teil der ökosozialen Steuerreform soll auch in der **Absenkung** der vom Versicherten zu tragenden **Krankenversicherungsbeiträge** für **niedrige und mittlere Einkommen** liegen. Mit Wirkung ab 1. Juli 2022 soll die Senkung entsprechend einer gesetzlich festgelegten Staffelung in Abhängigkeit von der Höhe der monatlichen Beitragsgrundlage erfolgen. Es handelt sich dabei um **Festbeträge**, die nicht der jährlichen Aufwertung unterliegen. Die Umsetzung für die jeweilige Versichertengruppe erfolgt dabei im Rahmen der entsprechenden Sozialversicherungsgesetze.

Update - Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie

Mit der 4. Corona-Welle und dem damit zusammenhängenden **Lockdown** in Österreich kommen die bereits **bewährten Hilfsmaßnahmen** gegen die COVID-19-Pandemie wieder zum Einsatz bzw. werden **verlängert**. Nachfolgend ein kurzer Überblick.

Ausfallsbonus

Der Ausfallsbonus III wird für den Zeitraum **November 2021 bis März 2022** wieder eingeführt und kann **ab 16.12.2021** beantragt werden. Bei einem **Umsatzeinbruch** von **zumindest 40 %** im Vergleich zum identen Monat aus dem Jahr 2019, führt dies in Abhängigkeit von der **Kostenstruktur** der Branche zu einer **Ersatzrate** von 10 % bis 40 %.

Verlustersatz

Im Falle eines **Umsatzeinbruchs** von **zumindest 40 %** gegenüber dem identen Monat aus dem Jahr 2019 sieht der Verlustersatz eine **Ersatzrate von 70 % bis 90 % des Verlustes** vor. Der Verlustersatz wird von **Jänner 2022 bis März 2022 verlängert**, wobei die **Beantragung ab Anfang 2022** möglich ist. Im Rahmen des **Verlustersatz I** ist es überdies zu einer **Verlängerung der Antragsfrist** für die betroffenen **Betriebe** bzw. deren Steuerberater gekommen. Konkret geht es um Verluste im Zeitraum 16.9.2020 bis 30.6.2021 - die **Beantragungsfrist endet** nun am **31. März 2022** anstelle des 31.12.2021.

Härtefallfonds

Die Inanspruchnahme des Härtefallfonds setzt einen **Umsatzrückgang** von **mindestens 40 %** voraus bzw. dass die **laufenden Kosten nicht** mehr **gedeckt** werden können. Die **Ersatzrate** beträgt **80 %** plus 100 € des entgangenen Nettoeinkommens und liegt bei **maximal 2.000 €** (Minimum sind 600 €). Als relevanter Zeitraum ist November 2021 bis März 2022 vorgesehen.

Verlängerte Antragsfrist für den Fixkostenzuschuss 800.000

Eine **verlängerte Antragsfrist** (für betroffene Betriebe und deren Steuerberater) gilt auch für den Fixkostenzuschuss 800.000 bzgl. des Zeitraums 16.9.2020 bis 30.6.2021. Anstelle von 31.12.2021 ist nun der **31.3.2022** maßgebend.

CO2-Bepreisung und regionaler Klimabonus als Bestandteile der ökosozialen Steuerreform

Die ökosoziale Steuerreform enthält als Ökologisierungsmaßnahme vor allem die **Einführung einer CO2-Bepreisung**. Grundsätzlich müssen dabei Mineralölunternehmen oder Gaslieferanten ("**Inverkehrbringer**") CO2-Zertifikate erwerben und sie geben die damit verbund**ene finanzielle Belast**ung dann an die Verbraucher weiter. Auf den tatsächlichen Einsatz der Brennstoffe durch den Verbraucher soll es nicht ankommen.

In einem ersten Schritt soll ein **nationales Emissionshandelssystem** etabliert werden, welches in weiterer Folge in ein **europäisches Emissionshandelssystem** überführt werden kann. **Ab Juli**

2022 soll das nationale Emissionshandelssystem (es ist in eine Einführungs- und eine Übergangsphase gegliedert) mit vorab **fixierten Preisen** pro Tonne CO2 operieren. Damit sollen auch die Sektoren außerhalb des EU-Emissionshandels (Gebäude, Verkehr und Teile der Industrie) berücksichtigt werden. Der **CO2-Preis pro Tonne** soll im Jahr 2022 **30 €** ausmachen, im Jahr 2023 **35 €**/t, im Jahr 2024 **45 €**/t und schließlich im Jahr 2025 **55 €**/t. Unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Besteuerung fossiler Energieträger in Österreich (z.B. Mineralölsteuer, Erdgasabgabe), welche in einen impliziten CO2-Preis umgerechnet werden kann, führt die neue CO2-Bepreisung zu einer (erhöhten) Gesamtbelastung.

Ab **Jänner 2026** ist vorgesehen, dass das Emissionshandelssystem in eine **Marktphase** übergeht - aus administrativen Gründen soll das Emissionshandelssystem an bestehende Energieabgaben andocken und gemeinsam mit diesen abgeführt werden. Ebenso sind **Entlastungsmaßnahmen** zur grenzüberschreitenden Wettbewerbsfähigkeit, Vermeidung von **Carbon Leakage** und zur Abmilderung von besonderen Mehrbelastungen vorgesehen. Carbon Leakage bezeichnet dabei **ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile**, indem die Treibhausgasemissionen ins Ausland verlagert werden, um Produktionskosten zu senken. Schließlich soll eine **Härtefallregelung** zur Unterstützung besonders hart betroffener Unternehmen beitragen.

Gleichsam als **Gegenpol** zur Belastung durch die CO2-Bepreisung beinhaltet der Begutachtungsentwurf auch den "**regionalen Klimabonus**". Dadurch sollen die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung an die **Bevölkerung rückvergütet** werden. Die Höhe des Klimabonus hängt von der **Klassifikation der Wohnsitzgemeinde** ab, wobei in urbanen Zentren mit höchstrangiger Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel ein Klimabonus von **100 € pro Jahr** vorgesehen ist. Bewohner urbaner Zentren mit zumindest guter Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel sollen einen Klimabonus i.H.v. **133 €** bekommen. Weitere Kategorien sind Zentren sowie Umland mit zumindest (guter) Basiserschließung (Bonus von **167 €**) und schließlich ländliche Gemeinden und **Gemeinden mit höchstens Basiserschließung** (Bonus i.H.v. **200 €**). Der Klimabonus soll bereits im Jahr **2022** in voller Höhe ausbezahlt werden - für Kinder gibt es einen Aufschlag von 50 %. Vom Klimabonus sollen alle Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in **Österreich** profitieren.

Steuerreform bringt große Neuerungen bei der Besteuerung von Kryptowährungen

Die Besteuerung von Kryptowährungen war in der Vergangenheit durch einiges an Komplexität gekennzeichnet. Der Begutachtungsentwurf zur ökosozialen Steuerreform sieht nunmehr vor, dass die Einkünfte i.Z.m. Kryptowährungen (prominentestes Beispiel ist **Bitcoin**) in die **Einkünfte aus Kapitalvermögen** eingegliedert werden sollen. Wichtig dabei ist, dass sämtliche **nach 28. Februar 2021 angeschaffte** Kryptowährungen nicht mehr den Tatbestand der **Spekulationseinkünfte** erfüllen können und somit nicht mehr durch Zeitablauf die **Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen** erreicht werden kann. Hingegen soll - wie bereits üblich im Bereich der Einkünfte aus Kapitalvermögen und etwa auch bei Derivaten auf Kryptowährungen - zwischen **laufenden Erträgen** und **realisierten Wertsteigerungen unterschieden** werden. Regelmäßig soll dabei der **besondere Steuersatz** von **27,5 %** (analog z.B. zu den Einkünften aus Aktieninvestments) zur Anwendung kommen. Die 27,5 % Abzug sollen in Form einer **KESt** vom inländischen Schuldner bzw. vom **inländischen Dienstleister** einbehalten und abgeführt werden. Eine Übergangsfrist ist bislang nicht vorgesehen.

Der Begutachtungsentwurf enthält auch eine **Definition** des Begriffs **Kryptowährung**: "digitale Darstellung eines Werts, die von keiner Zentralbank oder öffentlichen Stelle emittiert wurde oder garantiert wird und nicht zwangsläufig an eine gesetzlich festgelegte Währung angebunden ist und die nicht gesetzlichen Status einer Währung oder von Geld besitzt, aber von natürlichen oder juristischen Personen als **Tauschmittel** akzeptiert wird und die auf **elektronischem Wege** übertragen, gespeichert und gehandelt werden kann."

Die **laufenden Einkünfte aus Kryptowährungen** sollen dem Begutachtungsentwurf entsprechend die Entgelte für die **Überlassung von Kryptowährungen** umfassen wie auch das **"Mining"** von Kryptowährungen. Hingegen sollen "Staking", "Airdrops" und "Bounties" nicht zu den laufenden Einkünften zählen. Unter Aidrops oder Bounties werden regelmäßig **unentgeltlich** oder nur für eine unwesentliche Gegenleistung übertragene Kryptowährungen verstanden. Zu den realisierten Wertsteigerungen sollen neben **Veräußerungen von Kryptowährungen** auch der **Tausch** von Kryptowährungen gegen andere Wirtschaftsgüter und Leistungen, einschließlich gesetzlich anerkannter Zahlungsmittel, zählen. Da **Airdrops**, **Bounties** und **Staking** nicht zu den laufenden Einkünften zählen, sollen sie unter den Tatbestand der **realisierten Wertsteigerungen** fallen - die Anschaffungskosten sind dann mit Null festzusetzen. Zu keinen realisierten Wertsteigerungen soll es bei dem **Tausch** von einer **Kryptowährung** in eine andere Kryptowährung kommen - es würden dann die Anschaffungskosten der **hingegebenen Kryptowährung** übertragen werden.

Dem **Anschaffungszeitpunkt** und den **Anschaffungskosten** von Kryptowährungen kommt nunmehr größere Bedeutung zu, da sie über die generelle Steuerpflicht entscheiden können und auch für die Höhe der Besteuerung maßgeblich sind. Der Begutachtungsentwurf sieht dabei vor, dass bei **unbekannten Anschaffungskosten** grundsätzlich die Angaben des Steuerpflichtigen zu Anschaffungskosten und -zeitpunkt gelten sollen (dies ist typischerweise wichtig für den inländischen Schuldner oder Dienstleister), sofern sie **nicht offensichtlich unrichtig** sind. Ist der Anschaffungszeitpunkt nicht bekannt oder wurde er vom Steuerpflichtigen nicht bzw. nicht richtig angegeben, so soll von einer **Anschaffung nach dem 28. Februar 2021** ausgegangen werden.